



## SDA-Bulletin

Zürich, 29. Juni 2020

### **Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates**

Im Rahmen der Klimadebatte hat der Kantonsrat mit 101 zu 73 Stimmen eine Motion überwiesen, die das Planungs- und Baugesetz so abändern soll, dass «Mensch, Natur und Infrastruktur vor den Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden» ([KR-Nr. 187/2018](#)). Konkret bedeutet dies etwa, dass in Städten so gebaut wird, dass dem kühlenden Wind nichts im Weg steht. Weiter soll es Platz für Wurzeln grosser Bäume geben. Laut Baudirektor Martin Neukom ist das Anliegen bereits in Arbeit. Es soll in die Richtplan-Teilrevision 2020 aufgenommen werden.

Welche Auswirkungen haben Gesetze auf das Klima? Der Kantonsrat hat eine Motion der links-grünen Ratsseite, mit der eine Gesetzes-Überprüfung gefordert wird, mit 90 zu 79 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 225/2018](#)). Bisher seien nur die finanziellen Folgen überprüft worden, nicht aber die ökologischen, so die Motionäre. Der Regierungsrat war gegen den Vorstoss, weil die Auswirkungen bereits heute bei jedem Gesetz geprüft würden. Die Bürgerlichen warnten vor einem riesigen Aufwand und einem Bürokratie-Monster.

Das aktuelle CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel des Kantons ist einer Mehrheit des Parlamentes zu wenig ehrgeizig. Sie unterstützte mit 113 Stimmen eine parlamentarische Initiative (PI) der Grünen vorläufig, die eine Verschärfung des Klimaziels verlangt ([KR-Nr. 13/2019](#)). Bereits im Jahr 2030 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf zwei Tonnen gesenkt werden. Bis im Jahr 2050 soll er dann null betragen. Diese Absenkung bildet das Ziel ab, die Erderwärmung auf unter 2 Grad zu beschränken. Wird die PI umgesetzt, wäre das neue Ziel kompatibel mit dem Klimavertrag von Paris. Aktuell gilt, dass der Kanton den CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Einwohnerin und Einwohner bis ins Jahr 2050 auf 2,2 Tonnen pro Jahr senken soll. Derzeit liegt dieser bei 4,5 Tonnen.

Der Kanton Zürich soll komplett auf fossile Energien verzichten. Der Kantonsrat hat den Regierungsrat damit beauftragt, innerhalb von zwei Jahren einen verbindlichen Massnahmenplan zu erstellen ([KR-Nr. 228/2018](#)). In diesem Massnahmenplan soll stehen, wie der Kanton Zürich den kompletten Ausstieg aus den fossilen Energien schafft. Ein entsprechender Vorstoss der Grünen wurde mit 100 zu 71 Stimmen überwiesen. Dagegen waren die Bürgerlichen und der Regierungsrat, weil er bereits an der Arbeit sei. Ende Jahr will er eine langfristige, verbindliche Klimastrategie präsentieren.

Zürcher Gewächshäuser sollen nicht mehr mit fossilen Energien geheizt werden. Die rot-grüne Klima-Allianz hat einem entsprechenden GLP-Postulat mit 98 zu 68 Stimmen zum Durchbruch verholfen ([KR-Nr. 24/2019](#)). Nun muss sich der Regierungsrat damit befassen. Gegen den Vorstoss waren die Bürgerlichen, darunter auch zwei Bio-Produzenten. Sie wollen eine nationale Lösung, keine kantonale, weil dies den Zürcher Bauern einen Wettbewerbsnachteil beschere und das Gemüse dann aus anderen Kantonen herangekarrt werde.

Der Kantonsrat hat ein neues Mitglied des Steuerrekursgerichts gewählt ([KR-Nr. 188/2020](#)).

Grosse Solaranlagen sollen verstärkt gefördert werden. Der Kantonsrat hat einer Motion der Grünen mit 102 zu 70 zugestimmt ([KR-Nr. 227/2018](#)). Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit für Bericht und Antrag.

Der Kantonsrat ist bei der zweiten Lesung einer Änderung des Energiegesetzes, die auf eine Einzelinitiative zurückgeht, auf einen Rückkommensantrag eingeschwenkt ([5402](#)). Neu soll bei Neubauten bereits ab zwei Parteien der individuelle Verbrauch für Warmwasser gemessen werden. Bisher galt dies ab fünf Parteien. Aufgrund der materiellen Änderung der Vorlage wird nun vor der Schlussabstimmung eine dritte Lesung nötig.

Eine FDP-Motion zur einmaligen Subventionierung von Ladestationen für Elektroautos und von Tankstellen für Wasserstoff-Autos ist vom Kantonsrat mit 94 zu 70 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen worden ([KR-Nr. 107/2019](#)).

Der Kantonsrat hat eine Motion von SP, Grünen und GLP zur intensiven Begrünung in urbanen Zentren gegen die Hitzebelastung mit 86 zu 67 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 129/2019](#))

*(sda/nic.)*